

PRESSEINFORMATION

Geplante ETS-Reform: Investitionszwang schwächt den Schutz vor Carbon Leakage

Berlin/Brüssel, 21. Juli 2026 – Mit ihren am 17. Juli vorgelegten Vorschlägen zur Reform des EU-Emissionshandels (ETS) will die Europäische Kommission den europäischen CO₂-Markt an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Aluminium Deutschland begrüßt, dass der bisherige Reduktionspfad der verfügbaren Zertifikate überprüft und entschärft werden soll. Gleichzeitig sieht der Verband erheblichen Nachbesserungsbedarf: Die vorgesehenen Investitionsvorgaben drohen, die kostenlose Zuteilung als zentrales Instrument zum Schutz vor Carbon Leakage weitgehend auszuhöhlen.

Mit dem vorgeschlagenen langsameren Rückgang der verfügbaren Zertifikate erkennt die Europäische Kommission an, dass der bisherige Pfad des EU-Emissionshandels an die industriepolitische Realität angepasst werden muss. Das ist ein richtiges Signal. Der Reformvorschlag bleibt jedoch hinter dem Notwendigen zurück.

„Die kostenlose Zuteilung soll CO₂-Kosten ausgleichen, die viele Wettbewerber außerhalb Europas nicht tragen. Wer ihren vollständigen Erhalt von Dekarbonisierungsinvestitionen in Höhe ihres gesamten wirtschaftlichen Werts abhängig macht, schwächt diese Schutzfunktion. Investitionen, die sich unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht rechnen, werden durch eine regulatorische Vorgabe nicht wirtschaftlich. Wer den Carbon-Leakage-Schutz schwächt, gefährdet damit auch die wirtschaftliche Grundlage für die Transformation am Standort Europa“, erklärt Nima Nader, Leiter Wirtschafts- und Klimapolitik bei Aluminium Deutschland.

Nach dem Vorschlag sollen Unternehmen ab 2031 Investitionen in Höhe des vollständigen wirtschaftlichen Werts ihrer kostenlosen Zuteilung nachweisen. Zunächst sollen 80 Prozent der Zertifikate ausgegeben werden. Die verbleibenden 20 Prozent sollen erst nach Umsetzung der Investitionen und dem Nachweis erheblicher Emissionsminderungen gewährt werden.

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen statt Investitionszwang

Viele Dekarbonisierungsinvestitionen unterblieben nicht aus mangelnder Bereitschaft, sondern weil sie unter den heutigen Bedingungen wirtschaftlich nicht tragfähig seien, so Nader weiter: „Die angekündigten Förderinstrumente können einzelne Projekte unterstützen, ersetzen aber keinen tragfähigen Business Case. Ein regulatorischer Investitionszwang schafft weder wettbewerbsfähige Energiepreise noch die erforderlichen technologischen und regulatorischen Voraussetzungen für die Dekarbonisierung.“

Aluminium Deutschland fordert das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten daher auf, die Investitionsvorgaben zu streichen. Ein wirksamer Schutz vor Carbon Leakage ist die Voraussetzung dafür, dass Produktion und Investitionen in Europa bleiben und die industrielle Transformation hier stattfindet. Ein wirksamer Schutz vor Carbon Leakage ist die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen in Europa in ihre Transformation investieren können.



Aluminium Deutschland

ÜBER ALUMINIUM DEUTSCHLAND E. V.

Aluminium Deutschland ist die Stimme der deutschen Aluminiumindustrie. Der Verband vertritt die politischen, wirtschaftlichen und technischen Interessen seiner rund 135 Mitglieder entlang der gesamten Aluminiumwertschöpfungskette von der Primäraluminiumproduktion über Halbzeuge bis hin zur Weiterverarbeitung von Aluminium. Aluminium ist aufgrund seiner Eigenschaften unverzichtbar für Schlüsselbranchen wie die Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Energieerzeugung und Bauwesen, sowie in Verbraucherprodukten wie Haushaltsgeräten und innovativen Verpackungslösungen. Aluminium Deutschland macht sichtbar, welchen Beitrag die deutsche Aluminiumindustrie für eine innovative und nachhaltige Zukunft leistet. Mehr über Aluminium Deutschland e. V. und den Werkstoff unter www.aluminiumdeutschland.de.

PRESSEKONTAKT

Thilo Grösch
Leiter Öffentlichkeitsarbeit | Pressesprecher
+49 211 4796 276
presse@aluminiumdeutschland.de
www.aluminiumdeutschland.de